

Rheine, 12. Februar 2013

Eingabe zur Ratssitzung der Stadt Rheine am 19.02.2013 – Erörterung des Haushaltsplans 2013

**Antrag zur Reduzierung des Hebesatzes der Grundsteuer B der Stadt Rheine
von derzeit 480 % auf 440 % im Jahr 2013 und auf 400 % im Jahr 2014**

Begründung: - Kinder – Konkurrenz – Kasse – Kultur – Kreativität – Konsens - Klima

Kinder: Die Stadt Rheine benötigt aufgrund ihrer demographischen Entwicklung den Zuzug und den Verbleib von Familien mit **Kindern**, welche die dezentralen Infrastruktureinrichtungen – insbesondere **Schulen** – erhaltenswert machen, die Wirtschaftskraft der Stadt Rheine fördern und der Stadt Rheine überregionale öffentliche Zuweisungen (Transfereinkommen) ermöglichen, welche von der Einwohnerzahl abhängen. Junge Familien wollen regelmäßig Grund erwerben und Eigenheime bauen, welche durch die Grundsteuer B besonders in einer Phase ihres Lebens belastet werden, in denen sie sich erheblich verschulden müssen, um den Lebensraum der Familie familienfreundlich gestalten zu können.

Konkurrenz: Die Stadt Rheine hat sich durch eine drastische Steigerung ihrer Grundsteuer B von 330% auf 480% in nur einem Jahrzehnt von ihren umliegenden Gemeinden – deutlich negativ - abgesetzt. So liegt der Hebesatz der Grundsteuer B in der Nachbargemeinde Neuenkirchen um 100 % und der Satz in Salzbergen um 160% und der Satz in Spelle um 180 % unter dem in Rheine verlangten Hebesatz. In anderen Worten: Rheine belastet seine Bürger um bis zu 60 % mehr pro Jahr als die umliegenden Gemeinden. Das Wohngebiet am Hengemühlensee mit Rheiner Telefonvorwahl und Salzbergener Grundsteuern und -gebühren ist ein Beispiel für die konsequente Abwanderung von Rheiner Bürgern ins Umland.

Die Begründungen der Stadt Rheine zur Rechtfertigung einer inflationstreibenden Belastung ihrer Bürger mit der Grundsteuer B gehen dabei weitestgehend fehl:

Kasse: Die von den Bürgern der Stadt Rheine in der öffentlichen Informationsveranstaltung vom 20.01.2011 seitens der Stadtverwaltung präsentierten Angaben und Erwartungen zur Haushaltslage waren bei weitem zu pessimistisch. Allein für das nunmehr erst abschließend festgestellte Haushaltsjahr 2010 reduzierte sich das erwartete Haushaltsdefizit um gut € 10 Mio. und damit um annähernd 60 %.

Kultur: Die angeblich besonders durch Finanzmittel zu fördernde Rolle der Stadt Rheine als „Kulturmetropole“ der Region ist nicht festzustellen. Längst sind attraktive Schwimmbäder in Bad Bentheim, Ibbenbüren und Lingen, attraktive Einkaufszentren beispielsweise in Ochtrup, Lingen und Osnabrück, kreative und anziehungsstarke Feste und sonstige Kulturangebote beispielsweise in den Gemeinden Neuenkirchen, Salzbergen und Wettringen, und auch die regionalen Kulturangebote aktiver Heimatverbände in den umliegenden Gemeinden eine bereichernde Alternative zu den Kulturangeboten in der Stadt Rheine. Eine weiterhin expansive Ausgabenpolitik der Stadt Rheine wird dies auch nach Fertigstellung des Einkaufszentrums „Im Coesfeld“ nicht ändern. Rheine ist hier nicht „Kulturführer“ sondern eher „(Shopping-)Kulturfolger“.

Dabei ist es beispielsweise nicht die **Burg** in Bad Bentheim, sondern sind es deren zeitgemäßen **Bäder**, welche die Bürger der Stadt Rheine anziehen und zu Einnahmeausfällen in Rheiner Bädern, Restaurants und ggfls. Geschäften führen (bei Ausflügen zum Schwimmen in Bentheim + Shopping in Ochtrup oder den Niederlanden bzw. Schwimmen und Shopping in Lingen). Soviel zum Dauerthema: Ist es uns wert, dass Klosterschloss in Rheine jährlich mit ca. € 30,- pro Haushalt in Rheine zu subventionieren? Dieser Betrag entspricht ungefähr der Verringerung der Grundsteuer B für ein mit € 360 p.a. an Grundsteuer B belastetes Grundstück um 8,3 %, d.h. der beantragten Verringerung der Grundsteuer B für das Jahr 2013 von 480 % auf 440 %.

Kreativität: Nur eine angespannte Haushaltslage führt zu Anstrengungen in der Stadt Rheine, den öffentlichen Konsum einzuschränken. So wurden beispielsweise erst in den beiden zurückliegenden Jahren 2011 und 2012 ernsthafte Anstrengungen unternommen, nicht mehr zeitgemäße Ferienheime der Stadt Rheine in Mittelgebirgen und am Meer zu veräußern. Jede Fraktion im Rat der Stadt Rheine kennt die Befindlichkeiten der Wähl- und Wahlbürger, denen der warme Regen aus den zahlreichen, historisch gewachsenen Subventionstöpfen der Stadt Rheine teilweise oder ganz verwehrt werden soll und fürchtet um Wählerstimmen. Nur bei akuten Haushaltsrestriktionen und durch direkte Beteiligung der Bürger (z.B. eine internetbasierte Abstimmung über öffentliche kommunale Ausgaben) kann es gelingen, die Ausgaben der Stadt Rheine auf die gemäß dem Wunsch der Bürger verfügbar gehaltenen Finanzmittel zu begrenzen.

Sozialer Konsens und soziales Klima:

Grundsteuern sind brutale, sozial unausgewogene Steuern, da Grundsteuern nicht von der steuerlichen Leistungsfähigkeit der Bürger abhängen. Sie belasten Eigentum, welches regelmäßig aus bereits voll versteuertem Einkommen mit zusätzlicher Belastung durch Mehrwertsteuer, Grunderwerbssteuer, Notargebühren und kommunalen Abgaben im Rahmen der Erschließung eines Grundstücks sowie der Baugenehmigung zu entrichten sind. Auch für ältere Mitbürger stellen Grundsteuern eine besondere unsoziale Belastung dar, sobald diese vom aktiven Berufsleben in den Ruhestand wechseln und mit einem wesentlich geringeren monatlichen (Renten-/Pensions-) Einkommen auskommen müssen. Es besteht die Gefahr, dass sie aufgrund der nicht einkommensabhängigen Grundsteuer ihr vertrautes Eigenheim aufgeben müssen. Der Grundsteuer kann nicht nur in derartigen Fällen ein **enteignender Charakter** zugeschrieben werden.

Auch eine Otto-Maria-Normalbürger-Familie mit einer durchschnittlich 30 %igen Belastung des Einkommens mit Einkommensteuer und Sozialabgaben, zahlt bei 19 % MWST, 5 %

Grunderwerbssteuer, 5 % Nebenkosten (Notar, Gemeinde), im Verlauf einer annehmenden Mindestnutzung eines Neubaus von 50 Jahren ca. 12-15 % der Anschaffungskosten an Grundsteuern, d.h. wird in Summe mit ca. drei Vierteln der Anschaffungskosten ihres Eigenheimes belastet! Dies ist wenig sozial und deutlich näher an sozialistischen Manifesten.

Exkurs: Neben der aktuellen, sicherlich ungewollten, aber auch nicht aktiv verhinderten Förderung der Interessen der DEHOGA durch die Stadt Rheine, welche sich zu Lasten ihrer Bürger den Partikularinteressen der Gastwirte anschließt und die zahlreichen in Vereinen aktiven Bürger drängt, die für das Bürgerwohl wesentlichen Vereine hinsichtlich des Nutzens ihrer Vereinsheime zu beschränken und dabei teilweise zu enteignen, sind es die Grundsteuern und –gebühren, sowie die Energie- und Wasserkosten in Rheine, welche die bedeutendsten, alle Bürger belastenden Verursacher von Inflation in der Stadt Rheine sind und damit mitverantwortlich sind für eine inflationsbedingte Entwertung des Geldvermögens und damit einer teilweisen Enteignung der Bürger. (m.d. Bitte um Pardon für diesen stark kondensierten Schachtelsatz, da Exkurs!)

Schließlich können Grundsteuern, die zwischen Neubau- und Altbaugebieten oder Gemeinden variieren zu einer „Ghettoisierung“ führen, da Mitbürger mit unterschiedlichen Einkommensverhältnissen sich bei der Wahl ihres Wohnortes an diesen orientieren. Dies schadet Integrationsbemühungen verschiedener Art (Migranten, Alt/Jung], Berufsgruppen,...) und verstärkt die Gefahr der Abwanderung ins Umland der Stadt Rheine.

Klimaschutz: Aus der Sicht des von der Stadt als Schwerpunktthema geführten Klimaschutzes führt eine hohe Grundsteuer dazu, dass Privathaushalte mit einem alten Bestandsgebäude und einem entsprechend niedrigen Grundlagebetrag für die Grundsteuer bei einer Erhöhung des Hebesatzes in erhöhtem Maße fürchten müssen, dass eine für den **Klimaschutz** sinnvolle Kernsanierung mit umfangreicher Wärmeisolierung oder ein energieeffizienter Neubau mittelfristig zu einer Erhöhung der Besteuerungsgrundlage und damit der langfristigen Belastung mit der Grundsteuer in ihrer Kommune führt. Tendenziell können hohe Grundsteuer somit sinnvolle Klimaschutzmaßnahmen für Altbauten verhindern.